



Bayerische Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

4

20

# Das Ende der Konfrontation. Gorbatschows „Neues Denken“ und seine Folgen

von Klaus Gestwa

Fort-  
setzung



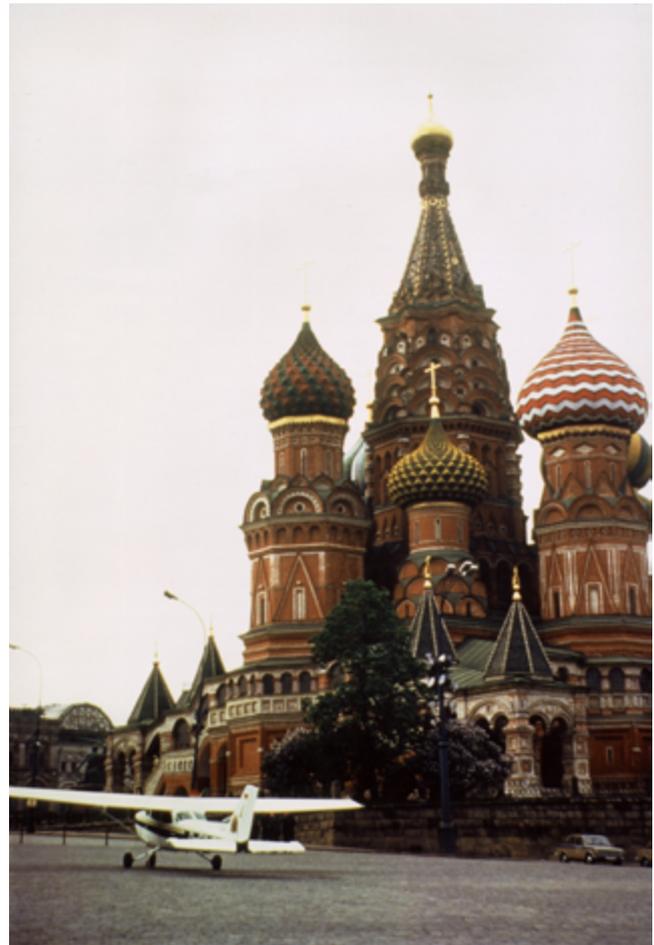
Unterzeichnung des INF-Vertrages durch Michail Gorbatschow und Ronald Reagan am 8. Dezember 1987 in Washington  
Foto: dpa/Süddeutsche Zeitung Photo

Sofort nach seinem Amtsantritt im März 1985 machte sich der neue Kremlchef Michael Gorbatschow mit seinem „Neuen Denken“ daran, die durch den Zweiten Kalten Krieg (1979-1984) angespannten Ost-West-Beziehungen endlich wieder zu verbessern. Beim ersten Gipfeltreffen im November 1985 traf er in Genf auf den US-Präsidenten Ronald Reagan, der während seiner zweiten Amtszeit nicht mehr auf Konfrontation, sondern auf Ausgleich und Zusammenarbeit mit Moskau setzen wollte. Bei einem zweiten Treffen ein Jahr später in der isländischen Hauptstadt Reykjavik machten beide Seiten beim nuklearen Raketenpoker weitreichende Zugeständnisse. Die Unterzeichnung eines umfassenden Abrüstungsabkommens scheiterte letztlich noch daran, dass sich Reagan bei der Entwicklung seines Lieblingsprojekts, der weltumgestützten Raketenabwehr SDI (Strategic Defense Initiative), zu keinerlei Kompromissen bereit zeigte. Trotz seiner Enttäuschung zeigte sich Gorbatschow demonstrativ optimistisch, dass durch fortgesetzte konstruktive Verhandlungen der langersehnte friedenspolitische Durchbruch schon bald erreicht werden könnte.

#### Washington Dezember 1987: Der INF-Vertrag

Mit seinem Optimismus sollte der weiter energisch auf Abrüstung drängende Kremlchef recht behalten. Allerdings sahen im Herbst 1986 zahlreiche westliche Politiker in Gorbatschows Offerten nur trickreiche Schachzüge. Das verdeutlichte Helmut Kohl (1930-2017) in einem Interview, das er direkt im Anschluss an das Treffen in Reykjavik am 15. Oktober 1986 der US-Zeitschrift Newsweek gab. Darin bezeichnete der damalige deutsche Bundeskanzler Gorbatschow als einen „modernen kommunistischen Führer“, der etwas von Public Relations verstehe, und fügte dann hinzu, dass dies auch für Goebbels gegolten habe. Dieser Affront war bewusst gewählt. Zum einen ärgerte sich Kohl, weil Gorbatschow bei seiner politischen Welttournee durch die Welt bislang um die Bundesrepublik Deutschland trotz der wichtigen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen einen Bogen gemacht hatte. Zum anderen meinte Kohl, Reagan ermahnen zu müssen, dass die Sowjetunion keinesfalls aufgehört habe, ein kommunistisches „Reich des Bösen“ zu sein, und Washington Gefahr laufe, bei den Abrüstungsverhandlungen auf Moskauer Winkelzüge hineinzufallen.

Moskau zeigte sich sichtlich erbost über Kohls heiklen Vergleich zwischen dem Kremlchef und einem Nazi-Verbrecher. Auch die westdeutsche Politik und Öffentlichkeit reagierten konsterniert. Der SPD-Chef Willy Brandt (1913-1992) warf Kohl ein „extremes Maß an Instinkt-



Die Sportmaschine (Cessna 172 B), mit der Mathias Rust am 28. Mai 1987 auf dem Roten Platz in Moskau landete (im Hintergrund die Basiliuskathedrale)

Foto: ullstein bild/AP

losigkeit“ vor. Bonner Regierungsvertreter taten zwar ihr Möglichstes, um den politischen Schaden zu begrenzen.<sup>1</sup> Sie konnten aber nicht verhindern, dass Gorbatschows Verhältnis zu Kohl danach vorerst distanziert blieb, bis die beiden schließlich bei ihren späteren Treffen die schwierigen Anfänge ihrer Beziehung hinter sich lassen und eine Freundschaft aufbauen konnten.

Die fortgesetzte Skepsis des Westens hielt Gorbatschow nicht davon ab, seinen versöhnlichen Kurs fortzusetzen. Im Frühsommer 1987 nutzte er die spektakuläre Landung des jugendlichen deutschen Hobbyfliegers Mathias Rust (\*1968) in einer Cessna auf dem Roten Platz, um neben dem Verteidigungsminister und dem Chef der Luftverteidigungskräfte weitere 300 Generäle zu entlassen, die

.....  
<sup>1</sup> Extremes Maß an Instinktlosigkeit, in: Der Spiegel 44 (1985), S. 17 ff., <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521510.html> [Stand: 10.11.2020].



Ronald Reagan spricht am 12. Juni 1987 am Brandenburger Tor vor 300.000 Menschen.  
Foto: ullstein bild /Thierlein

sich gegen weitergehende Abrüstungsinitiativen ausgesprochen hatten.<sup>2</sup> Das bot Gorbatschow die Möglichkeit, sich der schon zuvor geäußerten Meinung einiger Technik- und Sicherheitsexpert(inn)en anzuschließen, dass Reagans SDI-Weltraumprojekt in nächster Zeit kaum realisiert werden könne. Zudem stellte der geplante Abwehrschirm für die Sowjetunion eigentlich keine große Bedrohung dar, weil er durch den gleichzeitigen Abschuss einer entsprechend großen Zahl von Raketen jederzeit hätte durchdrungen werden können. Die Einsicht, SDI fortan als technologischen Bluff zu behandeln, machte den Weg frei, um nach dem Beinahe-Durchbruch in Reykjavik beim nächsten Gipfeltreffen in Washington endlich den Ausweg aus der Sackgasse des Rüstungssirnsinns zu finden.

Gorbatschows Einlenken ließ Reagan 1987 abrüstungspolitisch ins Hintertreffen geraten. Als er im Juni 1987 nach Berlin reiste, hielt er darum vor der Mauer am Brandenburger Tor eine Rede, in der er verkündete: „Mister Gorbatschow, wenn Sie nach Frieden streben, wenn Sie Wohlstand für die Sowjetunion und Osteuropa wünschen, wenn Sie die Liberalisierung wollen, dann, Mr. Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder (*tear down this wall!*)!“

.....

2 György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht, München 2011, S. 132 ff.

Mit diesem leidenschaftlichen Appell ging es Reagan darum, an den politischen Sündenfall des Mauerbaus zu erinnern, um noch einmal die Schuld Moskaus am Kalten Krieg zu unterstreichen und damit Gorbatschows Abrüstungsoffensive einen eigenen spektakulären Auftritt entgegen zu halten. Jenseits von Deutschland fand Reagans Rede zunächst wenig Beachtung. Erst nach 1989 wurde ihr als Meilenstein auf dem Weg zum Mauerfall prophetische Bedeutung zugeschrieben. Tatsächlich lassen sich aber keinerlei Belege finden, dass Reagans Rede bei den Geschehnissen im Herbst 1989 irgendeinen Einfluss auf Politik und Gesellschaft genommen hatte.<sup>3</sup> Ihre nachträgliche Aufwertung wirkt ahistorisch, fügt sich aber gut in das amerikanische Triumph-Narrativ ein, das Reagan als politischen Hauptakteur ins Blickfeld rückt.<sup>4</sup>

Ungeachtet des rhetorischen Getöses der Staatschefs räumten die beiden Außenminister Eduard Schewardnadse (1928-2014) und George P. Shultz (\*1920) mit ihren Beraterstäben im weiteren Verlauf des Jahres 1987

.....

3 John Lewis Gaddis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 290 f.; Romesh Ratnesar: Tear Down This Wall. A City, a President, and the Speech that Ended the Cold War, New York 2009; John S. Kornblum: Reagan's Brandenburg Concerto, in: American Interest, Mai-Juni 2007, <https://www.the-american-interest.com/2007/05/01/reagans-brandenburg-concerto> [Stand: 10.11.2020].

4 Kritisch dazu zuletzt Beth A. Fischer: The Myth of Triumphalism. Rethinking President Reagan's Cold War Legacy, Lexington 2020.

alle Hindernisse aus dem Weg und brachten ein weitreichendes Abkommen zu Papier. Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Gorbatschow und Reagan im Weißen Haus den INF-Vertrag (*Intermediate Nuclear Forces*). Er verpflichtete die beiden Vertragsparteien zum vollständigen Abbau aller atomaren Raketen mit mittlerer und kürzerer Reichweite (zwischen 500 bis 5500 Kilometer). Bei gleichzeitiger Kontrolle durch die jeweils andere Seite zerstörten die USA in der Folgezeit vertragsgemäß 846 und die Sowjetunion 1.846 Raketen. Vor allem Europa, dessen Länder Ziel der großen Mehrheit dieser Atomraketen gewesen waren, atmete nach Jahren kollektiver Angstzustände tief auf.<sup>5</sup>

### Moskau im Frühsommer 1988: Reagan im „Reich des Bösen“

Als Reagan im Frühsommer 1988 anlässlich des Moskauer Gipfeltreffens in die sowjetische Hauptstadt reiste, zeigte er sich gerührt, wie freundlich ihn die Moskauer Bevölkerung empfing. Auf die Frage eines Journalisten, ob die Sowjetunion für ihn weiter ein „Reich des Bösen“ sei, antwortete er, dass sich seine vor fünf Jahren getroffene Aussage auf eine andere, längst zu Ende gegangene Ära bezogen habe. Die Welt hätte sich seitdem grundlegend gewandelt.

An der renommierten Moskauer Staatlichen Universität hielt Reagan, vor einem übergroßen Lenin-Kopf und einem Wandgemälde der Russischen Revolution stehend, eine Rede, in der er das studentische Publikum dazu aufrief, die nicht von Gewalt, Fahnen und Fanfaren begleitete technische Revolution im Zeichen des Mikro-Chips zu meistern und über politische Grenzen hinweg gemeinsam den anstehenden Weg ins Informationszeitalter zu beschreiten. Um dieses Anliegen zu fördern, vereinbarten die USA und Sowjetunion ein kulturelles Austauschprogramm, um jungen Menschen die Möglichkeiten zu gemeinsamen Forschungsarbeiten und neuen Freundschaften zu geben. Auch wenn Reagan auf die kritischen Fragen der sowjetischen Studierenden nicht immer überzeugende Antworten fand, so sprach er bei seiner Abreise aus Moskau doch von einem „Gefühl tiefer Freundschaft“, das er gegenüber den Menschen in der Sowjetunion mittlerweile empfinde.<sup>6</sup>



Raissa Gorbatschowa und Nancy Reagan am 29. Mai 1988 in Moskau  
Foto: ullstein bild/dpa

Ferner zeigte er sich dankbar dafür, gemeinsam mit Gorbatschow während der letzten drei Jahre „eine große Entwicklung“ hin zu Frieden und Sicherheit eingeleitet zu haben. Dass während des Spätsommers 1988 im südkoreanischen Seoul schließlich wieder Olympische Sommerspiele ohne einen größeren politischen Boykott stattfanden,<sup>7</sup> galt als weiteres Zeichen dafür, dass die Welt durch das heraufziehende Ende des Kalten Kriegs freundlicher geworden war.<sup>8</sup>

5 Yvan Vanden Berghe: *Der Kalte Krieg 1917–1991*, Leipzig 2002, S. 318 ff.; William Taubman: *Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit*, München 2018, S. 475 ff.

6 Alice Meyer: *Der Missionar (be)sucht das Reich des Bösen*, in: TAZ. Die Tageszeitung, 02.06.1988, S. 3; Jack F. Matlock: *Reagan and Gorbachev. How the Cold War ended*, New York 2000, S. 282–304.

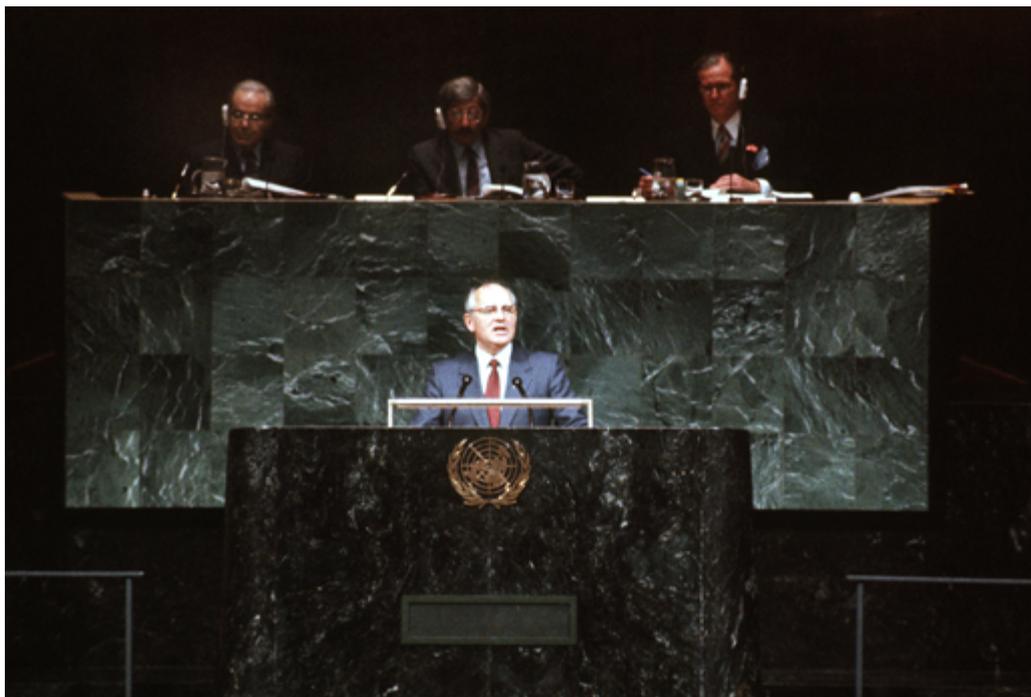
7 Die USA und die Mehrheit ihrer Bündnispartner hatten 1980 wegen des Einmarsches der Roten Armee in Afghanistan die Olympischen Sommerspiele in Moskau boykottiert. Daraufhin nahmen die Sowjetunion und die meisten Ostblockstaaten nicht an den folgenden Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles teil.

8 Jeremy Isaacs/Taylor Downing: *Der Kalte Krieg*, München 1998, S. 370 f.; Taubman (wie Anm. 5), S. 490 ff.

### Washington im Dezember 1988: Gorbatschows UNO-Rede

Der atomaren Abrüstung folgte bald die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte. Wieder war es Gorbatschow, der die Initiative ergriff. In seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 erstaunte er Politik und Öffentlichkeit mit seiner Ankündigung eines einseitigen Truppenabbaus. Dazu gehörten der Abzug von 10.000 sowjetischen Panzern, 8.500 Artilleriegeschützen und 800 Kampfflugzeugen aus Osteuropa sowie eine Rückführung großer Teile der sowjetischen Streitkräfte aus der Mandschurei und entlang der Grenze zu China. Hinter dieser sowohl vom Politbüro als auch von der Armeeführung unterstützten Entscheidung stand eine Neubewertung der Funktion militärischer Macht und eine grundlegend veränderte Verteidigungsdoktrin. Das auf Frieden, Ausgleich und Zusammenarbeit ausgerichtete „Neue Denken“ hatte sich auf ganzer Linie durchgesetzt. Reagan, der bei seiner letzten Amtshandlung als US-Präsident nach New York reiste, um dort Gorbatschow nach seiner bemerkenswerten UNO-Rede noch einmal offiziell zu treffen, würdigte den neuen Abrüstungsschritt der Sowjetunion als „ermutigende Tat, die in der Praxis ausgeführt die Belohnung der Geschichte verdient“. Auf die unmittelbare Nähe der New Yorker Freiheitsstatue anspielend, erklärte Reagan pathetisch: „Unter den Blicken von Miss Liberty hat eine neue Ära der Hoffnungen begonnen.“<sup>9</sup>

Ihren Schlusspunkt fand die damalige Abrüstungspolitik im multilateralen KSE-Vertrag, dem Abkommen über Konventionelle Streitkräfte in Europa, dessen Ausarbeitung im März 1989 begann. In diesem 1992 unterzeich-



Michail Gorbatschow bei seiner Rede am 7. Dezember 1988 vor der Vollversammlung der UNO in New York  
Foto: picture-alliance/dpa/Consolidated Ron Sachs

neten Vertragswerk waren Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme festgelegt, die in Europa stationiert werden durften. Das führte zu einer drastischen Reduzierung der für Offensivzwecke einsetzbaren Waffen. Zur Kontrolle vereinbarten die 22 Vertragspartner ein durchdachtes Verifikationssystem mit wechselseitigen Informationspflichten und Inspektionen.<sup>10</sup>

Ergebnis der amerikanisch-sowjetischen Annäherung war schließlich auch das 1994 in Kraft getretene START-Abkommen (*Strategic Arms Reduction Treaty*), das nach jahrelanger Vorbereitung und dem Zerfall der Sowjetunion zwischen den USA und Russland unterschrieben wurde, um die strategischen Trägersysteme für Nuklearwaffen zu reduzieren. In diesem Vertragswerk war außerdem vorgesehen, dass die Ukraine, Belarus und Kasachstan ihre Atomwaffen unter internationaler Aufsicht vollständig aufgaben.<sup>11</sup>

9 Carlos Widmann: Miss Liberty segnet den Gipfel, in: Werner Adam (Hg.): Ein Imperium zerbricht. Reportagen über den Untergang der Sowjetunion, Frankfurt am Main 1992, S. 133–138, hier S. 137; Melvyn P. Leffler: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War, New York 2007, S. 420 ff.; Jeffrey A. Engel: When the World seemed new. George H. W. Bush and the End of the Cold War, Boston 2017, S. 48–70. Eine anschauliche Schilderung von Gorbatschows Rede und Besuch in New York, inklusive der Episode wie Donald Trump damals auf einen „Fake-Gorbi“ hereinfiel, bietet Kristina Spohr: Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989, München 2019, S. 23–38.

10 Joachim Lang: Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, Baden-Baden 2001; Hans-Joachim Schmidt: Der Wandel der konventionellen Rüstungskontrolle, 1989–1996, Frankfurt am Main 2004.

11 David Holloway: Nuclear Weapons and International Relations since the End of the Cold War, in: Geir Lundestad (Hg.): International Relations since the End of the Cold War. New and Old Dimensions, Oxford 2013, S. 149–166.

### Malta im Dezember 1989: Vom Kalten Krieg zur neuen Weltordnung

Als im Dezember 1989 auf vor Malta liegenden Schiffen Gorbatschow beim nächsten Gipfeltreffen auf George Bush traf, der Reagan im Weißen Haus nachgefolgt war, kam es zu weiteren Fortschritten auf dem Weg „von der Verständigung zur Partnerschaft“. <sup>12</sup> Auch wenn Bush und sein Berater Brent Scowcroft (1925-2020) Gorbatschows Initiativen zunächst mit Skepsis begegnet waren und den Kreml zunächst sechs Monate lang hingehalten hatten, zeichneten sich die Gespräche in Malta doch „durch einen hohen Grad an Vertrauen“ aus. <sup>13</sup> Bei den weiteren Abrüstungsschritten ließ sich darum mit wenigen Ausnahmen schnell Einigkeit erzielen. Auch ungeklärte politische Fragen – wie beispielsweise die Beziehungen zu Kuba – hatten keine negativen Auswirkungen auf die Verhandlungsatmosphäre. Bush versprach Gorbatschow, ihn bei seiner Reformpolitik wirtschaftlich zu unterstützen, weil ein Erfolg der Perestrojka die Welt als Ganzes besser und sicherer machen werde. <sup>14</sup> Auf der abschließenden Pressekonzferenz erklärte Gennadij Gerasimov (1930-2010) als außenpolitischer Sprecher der Sowjetunion: „Wir haben den Kalten Krieg auf dem Grund des Mittelmeeres begraben.“ <sup>15</sup>

Dieser Eindruck festigte sich, als Gorbatschow im Frühsommer 1990 noch einmal mit einer großen Delegation in die USA flog. Bei seinem Staatsbesuch unterzeichnete er zunächst 24 Kooperationsvereinbarungen, um damit den Weg für eine neue Weltordnung nach dem Kalten Krieg zu bereiten. Von Bedeutung war vor allem der Vertrag über den Produktionsstopp und die Vernichtung von Chemiewaffen. Anschließend reiste Gorbatschow nach Minneapolis sowie Kalifornien. Dort warb er für seine politischen Visionen und genoss sichtlich die Sympathien seiner amerikanischen Gastgeber. <sup>16</sup>

Der symbolische Schlussakt des Kalten Kriegs fand im November 1990 in Paris statt. In der französischen Hauptstadt trafen sich neben Gorbatschow und Bush weitere 32 Staats- und Regierungschefs der Konferenz für

12 Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 728.

13 Ebd., S. 699; Hal Brands: *From Berlin to Baghdad. America's Search for Purpose in the Post-Cold War World*, Lexington 2010, S. 22–26.

14 Isaacs/Downing (wie Anm. 8), S. 394.

15 Zit. nach: Dietmar Neutatz: *Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert*, München 2013, S. 520. Zum Gipfel in Malta s. auch Engel (wie. Anm. 9), S. 292–312; Robert Service: *The End of the Cold War*, London 2015, S. 416–426.

16 Gerhard Simon/Nadja Simon: *Verfall und Niedergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993, S. 207.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, heute OSZE), um mit der Charta von Paris ein grundlegendes Abkommen über die Schaffung einer neuen Ordnung für Europa zu unterschreiben. <sup>17</sup>

### Der Abzug aus Afghanistan

Die verbesserten Beziehungen zwischen den Supermächten waren eng damit verbunden, dass Gorbatschow auch auf anderen Konfliktfeldern der internationalen Politik als „Held des Rückzugs“ <sup>18</sup> agierte und damit an Glaubwürdigkeit gewann. Die Ende 1979 erfolgte sowjetische Intervention in Afghanistan hatte sich zu einem „Sovietnam“ ausgeweitet. <sup>19</sup> Der dort geführte Krieg stellte für Moskau keineswegs nur einen erheblichen Kostenfaktor dar; er fügte auch dem Ansehen der Sowjetunion erheblichen Schaden zu. Darüber hinaus kam es an allen Fronten zu massenhaften Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zehntausende von sowjetischen Soldaten wurden in verplombten Zinksärgen in die Heimat zurückgebracht und ohne militärische Ehren begraben. Überlebende Afghanistankämpfer hatte das brutale Kriegsgeschehen oftmals traumatisiert. Hunderttausende von Familien zerbrachen daran. Diese schrecklichen Kriegserfahrungen problematisierten die sowjetischen Medien seit 1987 immer offener und lösten damit gesellschaftliche Schockwellen aus. <sup>20</sup> Auch die afghanische Seite erlitt erhebliches Leid. Bis Kriegsende forderten die Kämpfe eine Millionen Tote und schlugen knapp fünf Millionen Menschen in die Flucht.

Nachdem die antisowjetischen Gotteskrieger von den USA mit modernen Waffen (unter anderem mit den infrarotgelenkten Stinger-Raketen zur Luftabwehr) ausgerüstet worden waren, erkannten die Verantwortlichen in Moskau, dass der Krieg nur durch eine weitere massive

17 Spohr (wie Anm. 9), S. 339–351 u. 416–421; Christian Nünlist/Juhana Aunesluoma/Benno Zogg: *The Road to the Charter of Paris. Historical Narratives and Lessons for the OSCE today*, Wien 2017; Jeronim Perovic: *Die „Wende“ als „Verrat“. Russland, die Nato-Osterweiterung und das Scheitern der europäischen Sicherheitsordnung*, in: ders./Peter Collmer/Ekaterina Emeliantseva Koller (Hg.): *Zerfall und Neuordnung. Die „Wende“ in Osteuropa von 1989/91*, Wien u.a. 2019, S. 75–102, hier S. 75 f.

18 Hans Magnus Enzensberger: *Helden des Rückzugs. Brouillon zu einer politischen Moral der Macht*, in: ders.: *Zickzack. Aufsätze*, Frankfurt am Main 1997, S. 55–63.

19 Tanja Penter/Esther Meier (Hg.): *Sovietnam. Die UdSSR in Afghanistan, 1979–1989*, Paderborn 2017.

20 Swetlana Alexijewitsch: *Zinkjungen. Afghanistan und die Folgen*, Frankfurt am Main 1992; Manfred Sapper: *Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimationsverlust des Militärischen in der Perestrojka*, Münster 1994; Markus Mirschel: *Bilderfronten. Die Visualisierung der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1979–1989*, Wien 2019.



Eine Gruppe vom Mudschahedin in den Bergen Afghanistans, aufgenommen 1988

Foto: picture alliance/AP Images/Fotograf: David Stewart-Smith

militärische Eskalation hätte noch gewonnen werden können. Dazu war Gorbatschow keineswegs bereit. Schon auf dem 27. Parteitag im Frühjahr 1986 hatte er das mörderische Geschehen in Afghanistan eine „blutende Wunde“ genannt und versprochen, diesen von seinen Amtsvorgängern angezettelten Krieg zu beenden. Die unter Vermittlung der Vereinten Nationen geführten Verhandlungen führten am 14. April 1988 zur Unterzeichnung des Genfer Abkommens. Einen Monat später begann der Abzug der über 100.000 Mann starken sowjetischen Truppenverbände. Im Februar 1989 verließ der letzte Soldat der Roten Armee Afghanistan. Ein besonders unrühmliches Kapitel sowjetischer Außenpolitik konnte nach neun Jahren endlich abgeschlossen werden.<sup>21</sup>

### Der Rückzug von der Bühne der großen Weltpolitik

Nach dem Abzug aus Afghanistan beendete die Sowjetunion ihre militärische Präsenz zugleich in anderen Ländern wie in Vietnam und in der Mongolei. Die sowjetische Außenpolitik trug damals aktiv zur Entschärfung der Konflikte im südlichen Afrika (Angola und Namibia) bei. Blutige Stellvertreterkriege des Ost-West-Konflikts gingen zu Ende. Zudem fuhr der Kreml seine finanzielle und ökonomische Unterstützung befreundeter Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika merklich zurück. Ohne großes

21 Artemy M. Kalinovsky: *A Long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan*, Cambridge/Mass. 2011; Rodric Braithwaite: *Afghantsy. The Russians in Afghanistan 1979–1989*, London 2011.

Furioso trat die sozialistische Supermacht damit von der Bühne der internationalen Politik ab. Gorbatschow hatte die sowjetische Außenpolitik von der Last weltrevolutionärer Illusionen und expansiver Positionen befreit.<sup>22</sup>

Eine gewisse, wenngleich kaum mehr selbständige Rolle spielte die Sowjetunion außerhalb von Europa nur noch im Ersten Irakkrieg. Nach der Okkupation Kuwaits durch den Irak im August 1990 weitete sich die Krise am Persischen Golf zu einem großen regionalen Konflikt aus. Nachdem alle Versuche des Kremls gescheitert waren, Saddam Hussein (1937–2006) zum Abzug seiner Truppen zu bewegen, stimmte die Sowjetunion im UNO-Sicherheitsrat für alle gegen den Irak gerichteten Resolutionen und bestätigte damit die neue weltpolitische Partnerschaft mit dem Westen. Gorbatschows außenpolitische Berater sprachen offen davon, dass angesichts des Beginns einer neuen Ära „wir dazu verteilt sind, mit Amerika befreundet zu bleiben“. Ansonsten „würde alles wieder den Bach heruntergehen“. Allerdings beteiligte sich Moskau nicht an den im Januar 1991 beginnenden militärischen Aktionen gegen den Irak. Nach dem schnellen Ende des Krieges gelang es dem Kreml sodann geschickt, sich unter den Siegermächten einzureihen.<sup>23</sup>

Als im Sommer 1991 der staatliche Zerfalls Jugoslawiens in kriegerische Auseinandersetzungen umschlug, war Moskau wegen des eigenen fortschreitenden Niedergangs von Staat und Wirtschaft zunächst nicht mehr zu eigenen außenpolitischen Aktionen in der Lage. Der Kreml schloss sich darum den von westlichen Staaten zur Beendigung der Jugoslawienkriege ausgehandelten Abkommen meist an. Erst als Ende der 1990er Jahre der Kosovo-Krieg ausbrach, stellte sich Moskau entschlossen an die Seite Belgrads und gegen die westliche Diplomatie, ohne jedoch verhindern zu können, dass die NATO massiv militärisch in den Kosovo-Krieg eingriff. Das forcierte anschließend antiwestliche Stimmungen in der russischen Politik und Öffentlichkeit.<sup>24</sup>

22 Artemy M. Kalinovsky/Sergey Radchenko (Hg.): *The End of the Cold War and the Third World. New Perspectives on Regional Conflict*, London 2011; Odd Arne Westad: *Two Finales. How the End of the Third World and the End of the Cold War are linked*, in: Lundestad (wie Anm. 11), S. 133–148; ders.: *The Cold War. A World History*, London 2017, S. 527–578.

23 Brands (wie Anm. 13), S. 56 u. 61–66; Spohr (wie Anm. 9), S. 423–504, Zitat S. 497.

24 Vladislav Zubok: *Russia and the West. Twenty Difficult Years*, in: Lundestad (wie Anm. 11), S. 209–227; Richard Holbrooke: *Meine Mission. Vom Krieg zum Frieden in Bosnien*, München 1998; Erich Rathfelder: *Kosovo. Geschichte eines Konflikts*, Berlin 2010.

### Osteuropa: Von der Breschnew- zur Sinatra-Doktrin

Seit der Niederschlagung des Prager Frühlings, dessen Protagonisten 1968 in der Tschechoslowakei einen reformkommunistischen Alternativweg einschlagen wollten, galt für die Satellitenstaaten in Osteuropa eine „beschränkte Souveränität“, die nationalen Alleingängen enge Grenzen setzte und die Hegemonie Moskaus festschrieb. Mit dieser sogenannten „Breschnew-Doktrin“ brach Gorbatschow, der von Beginn seiner Amtszeit an den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern im Moskauer Machtorbit viel Aufmerksamkeit geschenkt hatte.<sup>25</sup> Schon 1986 erklärte er gegenüber den osteuropäischen Parteichefs, dass sich der Kreml fortan nicht mehr anmaßen werde, „über den politischen Weg einer Bruderpartei ein Urteil zu fällen“. Gorbatschow forderte die ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten sogar explizit dazu auf, mutig eigene Wege zu gehen, damit Moskau von ihren Erfahrungen lernen könne. Ein freier Freund sei hilfreicher als ein treuer Vasall.<sup>26</sup>

Im Juli 1988 wiederholte Gorbatschow in Warschau sein Anliegen, als er in seiner Rede vom „neuen Antlitz des Sozialismus“ und den Diversifikationsprozessen in der „sozialistischen Welt“ sprach. Das mache es erforderlich, dass jedes Land seinen eigenen Weg suche, sein eigenes Tempo wähle und seine eigenen Prioritäten setze. Gorbatschow erneuerte sein Bekenntnis zum Gewaltverzicht und erklärte, der Sozialismus dürfe „nicht länger als Macht erscheinen, die sich auf Bajonette stützt und aggressive Absichten hat.“ Die Geschichte lehre, dass der Einsatz staatlicher Gewalt hohe Folgekosten verursache und sich die Gesellschaft so keineswegs dauerhaft für den Sozialismus gewinnen lasse.<sup>27</sup>

Zugleich entwickelte Gorbatschow für das sozialistische Bündnis eine über die bestehenden Blockgrenzen hinausgehende europäische Perspektive. Er kritisierte, dass der Ostblock bislang die Kraft und Effektivität des westeuropäischen Integrationsprozesses unterschätzt habe. An den Grenzen des eigenen Bündnisses sei mit der Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein neuer ökonomischer Riese herangewachsen, der mit seinem Tempo des wissenschaftlich-technischen Wachstums dem Ostblock weit vorausseile. Um an diesem dynamischen Integrations-



Ansicht des Hochhauses in Moskau, in dem früher der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) seinen Sitz hatte, aufgenommen 2004  
Foto: ullstein bild/Konzept und Bild

prozess teilnehmen und ihn mitgestalten zu können, griff Gorbatschow auf seine schon zuvor verkündete Idee des „gemeinsamen Hauses Europa“ zurück. Es gelte, durch neue Formen der Zusammenarbeit einen Brückenschlag zwischen Ost und West zu wagen und damit dauerhaft für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand auf dem gesamten europäischen Kontinent zu sorgen.<sup>28</sup>

Des Weiteren kritisierte Gorbatschow, dass sich die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft – der im Jahr 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – für die Sowjetunion als großes Zuschussgeschäft erweise. Gorbatschow monierte insbesondere, dass die Sowjetunion fast allein die aufwändige Hilfe für die sozialistischen Bru-

25 Matthew J. Outmet: *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill 2003.

26 Vgl. die Rede Gorbatschows auf der Sitzung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) in Moskau im November 1986, in: Stefan Karner u.a. (Hg.): *Der Kreml und die Wende 1989*, Innsbruck 2014, S. 125 ff.

27 Vgl. die Niederschrift einer Besprechung Gorbatschows mit seinen Beratern in: ebd., S. 179 ff.

28 Michael Gorbatschow: *Perestroika – die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987, S. 252–259; ders.: *Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Deutschen*, Düsseldorf 1990.



Ausstellungshalle in Erinnerung an den 30. Jahrestag des Paneuropäischen Picknick am 19. August 1989, am einstigen Eisernen Vorhang an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich, Fertőrákos, Ungarn  
Foto: ullstein bild/imageBROKER/  
Guenter Fischero

derstaaten Kuba, Mongolei und Vietnam aufzubringen und das politische Engagement des Ostblocks in Syrien zu finanzieren habe. Außerdem erhielt die Regierung in Warschau allein im Jahr 1986 eine Unterstützung in Höhe von sieben Milliarden Rubel aus Moskau, um damit den Zusammenbruch der polnischen Volkswirtschaft zu verhindern. Auch andere Satellitenstaaten profitierten von sowjetischen Exporten, ohne dafür der Sowjetunion entsprechende Gegenleistungen zu bieten und stattdessen lieber auf eigene Kosten einträgliche Devisengeschäfte mit dem Westen zu machen. Nachdrücklich mahnte Gorbatschow die osteuropäischen Parteichefs, die Sowjetunion könne für die anderen RGW-Staaten keineswegs nur die unentwegt sprudelnde Quelle günstiger Ressourcen sein und beständig die notwendige wissenschaftlich-technische Unterstützung leisten.<sup>29</sup>

Hinter der Abkehr von der überlieferten Breschnew-Doktrin stand nicht zuletzt das politische Kalkül, dass Moskau unbedingt finanzpolitische Entlastungsmaßnahmen brauchte, um mehr Mittel für die Förderung der eigenen, schwer angeschlagenen Volkswirtschaft zur Verfügung zu haben. Zudem war die sowjetische Führung darauf bedacht, nicht in den sich wegen der exorbitanten Auslandsverschuldung abzeichnenden Staatsbankrott

mehrerer RGW-Staaten hineingezogen zu werden. Wenn Gorbatschow den anderen Parteichefs mehr politischen Spielraum gewährte, so war dies stets mit der Aufforderung an sie verknüpft, den drohenden wirtschaftlichen Kollaps durch mutige Neuerungs- und Öffnungsprozesse zu verhindern.

Allerdings zeigte sich die in Bukarest, Ost-Berlin, Prag und Sofia regierende Altherrenriege nicht willens, von ihrem eingefahrenen Kurs abzuweichen und sich auf eine eigene Perestroika einzulassen. Gorbatschow erschien Parteigreisen wie dem DDR-Chef Erich Honecker (1912-1994) „als ein politischer Abenteurer, als Hasardeur“.<sup>30</sup> Das gestörte Verhältnis zwischen Moskau und Ost-Berlin führte wiederholt zu diplomatischen Verwerfungen – so im November 1988, als die SED-Führung die Auslieferung des aktuellen Hefts des ins Deutsche übersetzten sowjetischen Nachrichtenmagazin Sputnik untersagte, weil darin ein kritischer Aufsatz zum Hitler-Stalin-Pakt und zu den deutschen Kommunisten erschien.<sup>31</sup>

In Ungarn und Polen hingegen wirkte die Perestroika als mächtiger Emanzipations- und Veränderungsimpuls. Die Reformkräfte in den Parteiapparaten Budapests und Warschaws setzten sich durch, um die aufgeschobenen Modernisierungsprobleme endlich anzugehen. Sie leiteten

29 Vgl. die Rede Gorbatschows auf der Sitzung des RGW in Moskau am 10. November 1986, die Mitschrift der Politbürositzung am 10. März 1988 und das Stenogramm der Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 15. Juli 1988. Diese Dokumente sind abgedruckt in: Karner (wie Anm. 26), S. 123 ff., 175 f. und 191 ff.; s. auch Helmut Altrichter: *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009, S. 330 ff.

30 Hans Modrow: *Die Perestroika – Wie ich sie sehe. Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehnts, das die Welt veränderte*, Berlin 1998, S. 26.

31 Gunter Holzweißig: *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*, Köln 2002, S. 147 ff.; Ilko-Sascha Kowalczyk: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 72 ff.

Prozesse ein, die statt eines Umbaus aber einen Umbruch herbeiführten. Als in beiden Ländern die verspäteten Versuche einer „sozialistischen Erneuerung“ scheiterten und der Unmut der politisierten Gesellschaft wuchs, fand seit Herbst 1988 sowohl in den Reihen der Partei als auch der Opposition die Idee eines „Runden Tisches“ eine wachsende Anhängerschaft. Diesem neu geschaffenen, auf Kooperation und Kompromiss ausgerichteten Forum ging es darum, in konstruktivem Dialog mit den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräften einen evolutionären Systemwechsel vom real existierenden, gescheiterten Sozialismus hin zu einer pluralistischen Demokratie zu erreichen. Der 1989 zunächst in Polen, dann in Ungarn erfolgreich praktizierten „Tafelrunde der Erzfeinde“<sup>32</sup> fiel eine historische Vorbildfunktion zu. Als Ende des Jahres 1989 die morsche Parteiherrschaft auch in den anderen Ostblockstaaten ihr Ende fand, ermöglichte der „Runde Tisch“ – mit Ausnahme von Rumänien – eine „verhandelte Revolution“ und verhinderte damit unnötige Gewaltexzesse. Das obsolet gewordene östliche Militärbündnis des Warschauer Pakts wurde schließlich einvernehmlich im Juli 1991 aufgelöst und der vollständige Abzug der sowjetischen Truppen beschlossen. Zeitgleich beendete gleichfalls der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe seine Tätigkeit.<sup>33</sup>

Auch angesichts des heraufziehenden Endes des Staatssozialismus und des Ostblocks achtete Gorbatschow das von ihm proklamierte nationale Selbstbestimmungsrecht der sowjetischen Satellitenstaaten. Er nahm es hin, dass die neuen Regierungen in Osteuropa begannen, sich allmählich aus dem Moskauer Machtorbit zu lösen und sich unter dem Slogan der „Rückkehr nach Europa“ dem Westen zuzuwenden. Gorbatschows außenpolitischer Sprecher Gerasimov erklärte im Oktober 1989 griffig: „Wir haben jetzt die Sinatra-Doktrin“. Damit spielte er auf den Titel des berühmten Songs *I Did it My Way* von Frank Sinatra an.<sup>34</sup>

32 György Dalos: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009, S. 32.

33 Zum Verlauf und den Folgen der friedlichen Revolutionen in Osteuropa vgl. Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen 2011; Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.): The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2014; Robert Grünbaum/Jens Schöne/Heike Tuchscheerer (Hg.): Revolution! 1989 – Aufbruch ins Offene, Berlin 2020.

34 Zit. nach: Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990, S. 460 f.; Bernd Stöver: Der Kalte Krieg: 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 442.

### Die Ablehnung der „chinesischen Lösung“

Im Verlauf des turbulenten Jahres 1989 stand lange die von einigen konservativen Parteikreisen befürwortete „chinesische Lösung“ im Raum. Damit ist die Entscheidung der chinesischen Parteiführung gemeint, die mehr Freiheiten einfordernden Studierenden mit Panzern vom Platz des Himmlischen Friedens (dem Tian’anmen-Platz) in Peking vertreiben zu lassen. Während die Demokratiebewegung unterdrückt wurde, schritt zugleich die Liberalisierung des Wirtschaftslebens weiter voran. Entrüstet verurteilten Gorbatschow und sein Team das brutale Vorgehen der chinesischen Genossen und machten ihnen den Vorwurf, den Sozialismus erneut mit Blut besudelt zu haben.<sup>35</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse erklärte diese Haltung damit, dass seine Generation 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei hatte erleben müssen, wie sowjetische Panzer den Traum von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz zerschossen. Die sowjetischen Protagonisten der Perestroika seien deshalb stark vom „Komplex der Ablehnung von Gewalt als Methode und Prinzip der Politik“ geprägt gewesen.<sup>36</sup>

Zudem stellte die „chinesische Lösung“ für Gorbatschow keine politische Option dar, weil er durch den Einsatz staatlicher Gewalt das internationale Vertrauenskapital verspielt hätte, das er mit seinen Abrüstungsinitiativen zuvor erworben hatte. Ohne westliche Hilfen in Form moderner Technologien und neuer Kredite war die dringende Sanierung der schwer angeschlagenen sowjetischen Volkswirtschaft kaum mehr denkbar.<sup>37</sup>

### Die Wiedervereinigung Deutschlands

Wie sehr die ökonomische Misere der Sowjetunion in der weltpolitischen Umbruchssituation des Jahres 1989 zum friedlichen Kurshalten und zur Zusammenarbeit zwang, zeigte sich besonders deutlich während des deutschen Wiedervereinigungsprozesses. Nachdem

35 Zur kritischen Moskauer Bewertung der Ereignisse in Peking vgl. die Berichte der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU Ende Juni 1989 in: Karner (wie Anm. 27), S. 377 ff. u. 384 ff. Zu den Reaktionen in Osteuropa s. auch Spohr (wie Anm. 9), S. 70–91; Péter Vámos: The Tiananmen Square ‚Incident‘ in China and East Central European Revolutions, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.): The Revolutions of 1989. A Handbook, Wien 2014, S. 93–112.

36 Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 69; s. auch Jacques Lévesque: The Messianic Character of ‚New Thinking‘. Why and What for?, in: Olav Njølstad: The last Decade of the Cold War. From Conflict Escalation to Conflict Transformation, London 2004, S. 133–147.

37 William E. Odom: The Sources of ‚New Thinking‘ in Soviet Politics, in: Njølstad (wie Anm. 36), S. 113–133.

im November 1989 der SED-Staat zu Ende gegangen und die Mauer als sichtbarster Ausdruck der Teilung der Welt gefallen war, stand die Frage im Raum, was mit der DDR als deutschem Teilstaat geschehen solle. Die sich einander annähernden Regierungen in Bonn und Ost-Berlin stellten die politischen Weichen bald schon in Richtung Wiedervereinigung. Im Rahmen der sogenannten Zwei-Plus-Vier-Gespräche zwischen den Außenministern der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie der beiden deutschen Staaten wurden im Sommer 1990 die Bedingungen für die Wiedervereinigung ausgehandelt. Obwohl die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland vielerorts in Europa groß war, kam es schließlich schnell zur Einigung. Die Bonner Regierung unter Helmut Kohl hatte die Zustimmung der sowjetischen Führung mit milliardenschweren Zahlungen und Krediten erleichtert. Damit ließ sich der Abzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa finanzieren und etwas gegen den akuten Devisenmangel der Sowjetunion unternehmen, um die Zahlungsfähigkeit Moskaus aufrechtzuerhalten.<sup>38</sup> Gorbatschow schien wie ein verzweifelter Ballonfahrer zu handeln, „der, als er entdeckte, dass der Ballon sank, alles über Bord warf, was er in seinem Korb finden konnte.“<sup>39</sup> Seine aus der Ablehnung von Gewalt als Mittel der Politik und aus finanzieller Not geborene Bereitschaft, Europa und der Welt eine neue Ordnung zu geben, machte ihn im Herbst 1990 ungeachtet der Widersprüche seiner innergesellschaftlichen Reformpolitik zu einem würdigen Empfänger des Friedensnobelpreises.<sup>40</sup>

### Der ökonomische Absturz

Gorbatschows Kalkül ging jedoch nicht auf. Die finanziellen Entlastungseffekte durch die Abrüstung stellten sich keineswegs sofort ein. Die hohen Verteidigungskosten ließen sich nur schrittweise reduzieren. Die Konversion des hypertrophen Rüstungssektors musste erst mühsam in Angriff genommen werden. Diese komplizierte Umstel-

lung betraf zudem einen der wenigen Wirtschaftszweige, der bis dahin international wettbewerbsfähig gewesen war.<sup>41</sup>

Die schwierige Lage verschlimmerte sich noch, als am 7. Dezember 1988 ein verheerendes Erdbeben die kaukasische Sowjetrepublik Armenien heimsuchte. Mindestens 25.000 Menschen kamen ums Leben; 50.000 wurden verletzt. Die schweren Erschütterungen hatten ganze Städte und Siedlungen in Schutt und Asche gelegt; eine halbe Millionen Menschen verlor ihr Obdach. Gorbatschow sah sich deshalb gezwungen, seinen viel umjubelten Besuch in New York abubrechen. Er reiste in das Katastrophengebiet, um dort öffentlichkeitswirksam umfangreiche Wiederaufbaumaßnahmen zu versprechen. Weil es an den Möglichkeiten fehlte, ausreichende Hilfe zu finanzieren, erlaubte Moskau Spenden aus dem Ausland. Das gab der armenischen Diaspora die Möglichkeit, sich zu engagieren und Einfluss auf die Situation im Kaukasus zu nehmen. Diese stellte sich damals als hochexplosiv dar. Zwischen den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan war ein gewaltsamer Konflikt um die Region Berg-Karabach entbrannt. Die aserbaidshische Seite nutzte nach dem Erdbeben ihre verkehrstechnische Schlüssellage, um zahlreiche für Armenien vorgesehene Hilfslieferungen zurückzuhalten und damit eine Verbesserung der Lage im Katastrophengebiet zu verhindern. Das ließ Gorbatschow zunehmend als unfähigen Katastrophenmanager erscheinen. Die „Tektonik der Perestroika“ kam dadurch immer mehr ins Rutschen.<sup>42</sup>

Zum weiter fortschreitenden Autoritätsverlust des Kremlchefs trug vor allem bei, dass Gorbatschow viel zu lange mit einer Entscheidung zögerte, als ihm unterschiedliche Wirtschaftsprogramme für die überfällige ökonomische Perestroika vorgelegt wurden. Mit seinem Zickzackkurs zwischen Plan und Markt verspielte er im Verlauf des Jahres 1990 Zeit und verprellte wichtige Mitstreiter. Die sowjetische Wirtschaft brach 1991 daraufhin massiv ein; die Versorgungsengpässe spitzten sich bedenklich zu. Die hoffnungsvoll begonnene Perestroika schlug angesichts des sozioökonomischen Fiaskos in eine unheilverheißende Katastroika um.<sup>43</sup>

38 Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Bonn 2003; Vladislav M. Zubok: With his Back Against the Wall. Gorbachev, Soviet Demise, and German Unification, in: Cold War History 14 (2014), S. 619–645; Hanns Jürgen Küsters (Hg.): Der Zerfall des Sowjetimperiums und Deutschlands Wiedervereinigung, Köln 2016; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

39 Zit. nach: Vladislav M. Zubok: A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev, Chapel Hill 2007, S. 334.

40 Gaddis (wie Anm. 3), S. 321.

41 Neutatz (wie Anm. 15), S. 521.

42 Katja Doose: Tektonik der Perestroika. Das Erdbeben und die Neuordnung Armeniens, 1985–1998, Wien 2019.

43 Klaus Gestwa: Von der Perestroika zur Katastroika. Michail Gorbatschow und der Zerfall der Sowjetunion (Teil 1), in: Einsichten und Perspektiven 1 (2016), S. 22–33, hier S. 32 f.



Nach dem verheerenden Erdbeben 1988 in Armenien hatten viele Menschen kein Dach über dem Kopf.  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/Rue des Archives/AGIP

Die Gorbatschow für seine Friedensinitiativen äußerst dankbaren westlichen Industriestaaten leisteten damals zwar engagiert humanitäre Hilfe, um mit ihren Lieferungen von Nahrungsmitteln und Medikamenten in der Sowjetunion das Schlimmste zu verhindern. Die aus den USA nach 1990 in großen Mengen gelieferten gefrorenen Hähnchenkeulen gingen damals als „Bushs Schenkel“ (*nožki Buša*) in die russische Sprache ein. Darüber hinaus belebten sich die wirtschaftlichen Beziehungen jedoch kaum. Auch 1990 führte die Sowjetunion weiterhin nur ein Prozent aller ihrer Exporte in die USA aus. Zahlreiche Kooperationsprojekte mit westlichen Partnern versandten in den Wirren der Transformationszeit. Angesichts des chaotischen ökonomischen Schlingerkurses glaubten immer weniger daran, dass Gorbatschow noch dazu in der Lage sei, zielführende Reformprojekte erfolgreich umzu-

setzen. Dass er seit dem Frühjahr 1991 mit unerfüllten Darlehensbitten nur so um sich warf, sorgte in den westlichen Hauptstädten für große Irritationen. Die erhoffte volkswirtschaftliche Wunderheilung blieb daher genauso aus wie die Verabschiedung eines neuen Marshall-Plans, den in Moskau viele von den USA erwartet hatten.<sup>44</sup>

Deshalb fanden zunehmend kritische Stimmen Gehör, die verlautbarten, Gorbatschow habe die mit hohem Blut- zoll bezahlten Früchte des Sieges von 1945 und die danach mühsam errungenen sowjetischen Sicherheitspositionen ohne entsprechende Gegenleistungen des Westens praktisch verschenkt. Der Supermachtstatus der Sowjetunion sei auf dem Altar des Weltfriedens geopfert worden. Während Gorbatschow alles tat, um seine idealistische Mission des „Neuen Denkens“ nicht zu gefährden, habe der Westen weiterhin Realpolitik betrieben und seine Machtpositionen erweitert, um das schwer angeschlagene Sowjetimperium letztlich in seinem ökonomischen Siechtum sich selbst zu überlassen.<sup>45</sup>

### Nationale Selbstbestimmung und die Selbstauflösung des Sowjetimperiums

Gorbatschows Entscheidung, im Jahr 1989 den eigenen Weg der Ostblockstaaten zu respektieren und ihren Systemwechsel zu akzeptieren, brachte ihm innergesellschaftlich zunehmend Probleme ein. Ausgehend vom Baltikum pochten einige Sowjetrepubliken immer vehementer auf ihr nationales Selbststimmungsrecht. Sie wollten das in der sowjetischen Verfassung verbriefte Recht auf Sezession nutzen, um ihre Eigenstaatlichkeit zu erreichen.<sup>46</sup> Gorbatschow hatte sich viel zu lange geweigert, das in seinem Zentralismus erstarrte Verfassungsgefüge des multiethnischen Sowjetstaates zu reformieren, den Sowjetrepubliken die gewünschte Autonomie zu gewähren und so dem Vielvölkerimperium eine neue, föderative Ordnung zu geben.<sup>47</sup> Die politischen Positionen verhärteten sich. Für viel Aufsehen und Unruhe sorgte der sowjetische Außenminister Schewardnadse, der Gorbatschows Kurs entscheidend mitgestaltet hatte, als er im Dezember 1990

44 Simon/Simon (wie Anm. 16), S. 205 f.; Spohr (wie Anm. 9), S. 569–577.

45 Zubok (wie Anm. 40), S. 303 ff.

46 Mark Kramer: The Collapse of Eastern European Communism and the repercussions within the Soviet Union, in: *Journal of Cold War Studies* 5 (2003), Nr. 4, S. 178–256, 6 (2004), Nr. 4, S. 3–64, und 7 (2005), Nr. 1, S. 3–96; Gerhard Simon: List der Geschichte. Perestrojka, Mauerfall und das Ende der UdSSR, in: *Osteuropa* 59 (2009), Nr. 2–3, S. 118–132.

47 Klaus Gestwa: Von der Perestrojka zur Katastrojka. Michail Gorbatschow und der Zerfall der Sowjetunion (Teil 2), in: *Einsichten und Perspektiven* 2 (2016), S. 4–25, hier S. 14 ff.



Denkmal für die Opfer der Unabhängigkeitsbewegung von 1991 neben dem litauischen Parlament in Vilnius  
Foto: picture-alliance/Fotograf: Uwe Gerig

seinen Rücktritt verkündete und davor warnte, die Politik der Perestroika werde bald einer neuen Diktatur weichen müssen.<sup>48</sup>

Am 13. Januar 1991 versuchten dann tatsächlich moskautreue Kräfte, in Vilnius mit Panzern die Macht in Litauen zu übernehmen und die dortige Nationalbewegung zu zerschlagen. Der mit offensichtlicher Unterstützung der Moskauer Unionszentrale initiierte imperial-kommunistische Umsturz im Baltikum scheiterte jedoch am starken Widerstandswillen der litauischen Bevölkerung. Bis heute bleibt umstritten, inwieweit Gorbatschow in diese Gewaltaktionen involviert gewesen war. Sein Image nahm in jedem Fall schweren Schaden. Nicht wenige forderten sogar die Aberkennung seines Friedensnobelpreises.<sup>49</sup>

.....  
48 Archie Brown: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main 2000, S. 454–457.

49 Taubman (wie Anm. 5), S. 676–679; Kristina Spohr: in: Frédéric Bozo u.a. (Hg.): Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London 2008, S. 220–232.

Als Gorbatschow im Juni 1991 seine Nobelpreisrede in Oslo hielt, rang er in Moskau verzweifelt darum, mit einem neuen Unionsvertrag das Sowjetimperium zusammenzuhalten. In den Hauptstädten der Welt fragten sich die politisch Verantwortlichen, ob der längst in die Defensive geratene Gorbatschow noch in der Lage sei, die weitere Zukunft Europas mitzugestalten. Als der US-Präsident Bush Anfang August 1991 die Ukraine besuchte, erklärte er, die USA werde „nicht diejenigen unterstützen, die auf der Suche nach Unabhängigkeit die weit entfernte Tyrannei gegen einen lokalen Despotismus eintauschen“ wollten. Damit stellte sich Bush demonstrativ an die Seite Gorbatschows und erteilte allen secessionistischen Kräften eine Abfuhr, die damals ihre Sowjetrepublik von Moskau lossagen wollten, um einen eigenen Staat zu begründen.<sup>50</sup> Boris Jelzin, der mit seinem Plädoyer für ein demokratisch und marktwirtschaftlich verfasstes neues Russland zum neuen russischen Hoffnungsträger und – nach gewon-

.....  
50 Brands (wie Anm. 13), S. 66 ff.

nenen Wahlen – immer mehr zum Kontrahenten Gorbatschows aufstieg, galt in Washington damals noch als „bombastisches politisches Leichtgewicht“. <sup>51</sup> Doch auch dieser internationale Flankenschutz für Gorbatschow konnte keine Kehrtwende mehr bringen. Nachdem am 21. August 1991 ein dreitägiger Staatsstreich konservativer Parteikreise in Moskau dilettantisch gescheitert war, musste der Kremlchef hilflos mit ansehen, wie die Präsidenten anderer Sowjetrepubliken die Selbstauflösung der Sowjetunion in 15 Nachfolgestaaten vorantrieben. <sup>52</sup>

Selbst bei den Russen, dem sowjetischen Mehrheitsvolk, setzte sich die Meinung durch, dass es unter dem Aspekt der nationalen Selbstfindung sinnvoll sei, nicht nur auf den Ostblock, sondern auch auf das nunmehr als Last empfundene Sowjetimperium zu verzichten und sich ganz auf sich selbst zu konzentrieren. Unter der Regie Jelzins stimmte im Dezember 1991 die große Mehrheit der Abgeordneten im russischen Parlament begeistert für das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. Diese Entwicklung ließ im Herbst 1991 den Friedensnobelpreisträger Gorbatschow zum Präsidenten ohne Staat und imperialen „Erblasser wider Willen“ werden. <sup>53</sup>

Mit seinem in internationale Politik umgesetzten „Neuen Denken“ hatte Gorbatschow Gräben überwunden, Mauern eingerissen und damit die mit mehrfachen Overkill-Kapazitäten hochgerüstete Welt des Kalten Kriegs grundlegend verändert. Während er bis 1990 eindrucksvoll außenpolitische Gestaltungskraft demonstrierte und die Welt für sich gewann, verlor er im eigenen Land zunehmend die Kontrolle über die von ihm in Gang gesetzten Erneuerungsprozesse und damit an Rückhalt. Sein „Charme des guten Willens“ und sein „souveräner Realitätsverlust“ konnten nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass seine Perestroika „an den Realitäten und geschichtlichen Hypotheken des eigenen Landes zerschellt“ war. <sup>54</sup> Der politische Aufbruch entwickelte sich durch innergesellschaftliche Kettenreaktionen schließlich zu einem Umbruch, der den Weichensteller Gorbatschow auf dem Abstellgleis der Geschichte landen ließ. „Die Zeit hat ihn überholt – seine eigene, von ihm selbst geschaf-

fene Zeit“ <sup>55</sup> – so urteilte Anatoli Černjaev (1921-2017), Sicherheitsberater im Kreml, schon in dem Moment, als sein Chef mit dem politischen Heiligenschein des Friedensnobelpreises der Weltöffentlichkeit noch als Lichtgestalt erschien.

### Der Umgang mit dem Vermächtnis Gorbatschows

In seiner letzten Rede als sowjetischer Präsident am 25. Dezember 1991 zog Gorbatschow eine von Stolz und Hoffnung sowie zugleich von Besorgnis und Bitterkeit durchgezogene Bilanz seiner sechsjährigen Amtszeit. Er wusste damals schon, dass er sowohl als Friedensstifter als auch als „Totengräber“ des sowjetischen Imperiums in die Geschichte eingehen würde. Seine Hoffnung, ein demokratisches und wirtschaftlich blühendes Russland möge bald seinen angemessenen Platz im „gemeinsamen Haus Europa“ finden, hat sich auch dreißig Jahre später leider noch nicht erfüllt. <sup>56</sup>

Zu einem Politikum ist während der letzten Zeit die Frage geworden, ob 1990 der Westen bei der Neugestaltung Europas Gorbatschow das formale oder informelle Versprechen gegeben hätte, die NATO und EU nicht gen Osten zu erweitern. Die von russischer Seite dazu angeführten Belege halten meist einer sorgsam empirischen Überprüfung kaum stand. Dennoch erfreut sich das Narrativ des Verrats in der russischen Politik und Öffentlichkeit großer Beliebtheit. Anlässlich der Aufnahme der Krim in den russländischen Staatsverband rechtfertigte der russische Präsident Vladimir Putin am 18. März 2014 diese völkerrechtswidrige Einverleibung damit, dass der Westen Russland seit 1990 mehrfach hintergangen und mit seiner (vermeintlichen) Einmischung in den ukrainischen Euro-majdan endgültig eine rote Linie überschritten habe. In Form eines mächtigen Gegenschlags habe sich das gedemütigte Russland daher mit der Annexion der Krim, der militärischen Aggression im ostukrainischen Donbass und der Intervention in Syrien von seinen Knien erhoben, um damit – so die Sicht der russische Führung – ein glanzvolles Comeback als gefürchtete Großmacht in der Arena der Weltpolitik zu feiern. <sup>57</sup>

51 Ebd., S. 67.

52 Ignaz Lozo: Der Putsch gegen Gorbatschow und das Ende der Sowjetunion, Köln 2014; Serhii Plokhyy: The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union, New York 2014.

53 Martin Aust: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München 2019, S. 47.

54 Manfred Rowold: Der Zar ohne Staat, in: Werner Adam (Hg.): Ein Imperium zerbricht. Reportagen über den Untergang der Sowjetunion, Frankfurt am Main 1992, S. 234–238, hier S. 235 u. 238.

55 Zit. nach: Taubman (wie Anm. 5), S. 675.

56 Vgl. Natalija Gerulajtis: Ansprache an die Sowjetbürger. Rede des Staatspräsidenten der UdSSR im Fernsehen, 25. Dezember 1991, [https://www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0020\\_rue\\_de.pdf](https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0020_rue_de.pdf) [Stand: 10.11.2020].

57 Perović (wie Anm. 17); Markus Wehner: Putins kalter Krieg. Wie Russland den Westen vor sich her treibt, München 2016.



Der russische Präsident Putin (l.) empfängt im Mai 2001 in seinem Arbeitszimmer im Kreml den früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow.  
Foto: ullstein bild/AP

Das damit verbundene unzeitgemäße, im Kreml aber beliebte Denkmodell der „Geopolitik“, nach dem sich die internationale Politik als permanenter Machtkampf um Einflusszonen abspielt, verdeutlicht, dass heute das Erbe des untergegangenen Sowjetimperiums einen deutlich größeren Schatten über die russische Politik wirft als das demokratische und friedenspolitische Vermächtnis Gorbatschows. Der Status einer Supermacht gilt längst nicht mehr als Last, sondern als Notwendigkeit russischer Politik.<sup>58</sup> Die autoritäre Staatlichkeit von Putins Russland legitimiert sich als Gegenentwurf zur Paralyse des Handlungsvermögens und der Führungsrolle des Kremls nach 1989. Russland dürfe durch einseitiges Entgegenkommen dem Westen gegenüber nie wieder Schwäche zeigen, um nicht erneut zum Spielball fremder Kräfte zu werden, die das Land erniedrigen und von seiner eigentlichen Mission als weltpolitische Ordnungsmacht abbringen wollen.

Mit dieser Deutung nutzen Putins Polittechnokraten die Geschichte von Gorbatschows „Neuem Den-

ken“ als politisches Argument, um ihren illiberalen Zeitgeist historisch zu rechtfertigen und ihrem Sirenengesang der autoritären Verführung eine eingängige Melodie zu geben. Es bleibt allerdings mehr als fraglich, ob sich mit einer von neoimperialen Sehnsüchten und überkommenen Feindbildern geprägten nationalpopulistischen Welterklärung die komplizierten Modernisierungsprobleme im heutigen Russland lösen lassen. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass der internationale Konfrontationskurs mit seiner militärischen Kraftmeierei vor allem dazu dient, von den zahlreichen sozioökonomischen Problemen und politischen Defiziten abzulenken. Während Gorbatschow mit seiner couragierten Perestroika und seinem „Neuen Denken“ die eigene Machtstellung riskierte, um für die Sowjetunion die Zukunft zu gewinnen, scheint es heute den Mächtigen im Kreml vor allem um den eigenen Machterhalt zu gehen, auch wenn dabei die Zukunftsfähigkeit des Landes auf der Strecke bleibt.<sup>59</sup> ▲

.....  
<sup>58</sup> Aust (wie Anm. 55), S. 132 ff.; Philipp Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019, S. 149–164.

.....  
<sup>59</sup> Ulrich Schmid: Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur, Berlin 2015; Margareta Mommsen: Das Putin-Syndikat. Russland im Griff der Geheimdienstler, München 2017; Angela Stent: Putins Russland, Reinbek bei Hamburg 2019.

## Impressum

Einsichten und Perspektiven  
hg. von der Bayerischen Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit  
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar

Titelbild: Der Hadrianswall (*Hadrian's Wall*) in Nordengland wurde nach 120 n. Chr. im Auftrag des gleichnamigen Kaisers als Grenzfestung erbaut, um die römische Provinz Britannia von den wilden Stämmen im Norden abzuschotten.  
© English Heritage

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.  
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.  
Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, [landeszentrale@blz.bayern.de](mailto:landeszentrale@blz.bayern.de)  
[www.blz.bayern.de](http://www.blz.bayern.de)

BLZ AUF SOCIAL  
MEDIA

